

Sächsische Staatszeitung

Zeitweise Nebenblätter: Volkstammer-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Alters- und Landesversicherungsanstalt, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressgesetzlichen Vertretung): Hofrat Doenges in Dresden.

Nr. 129.

Mittwoch, 11. Juni, nachmittags

1919.

Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Geschäftsstelle, Große Zwingerstraße 18, sowie durch die deutschen Postanstalten 5 Pf. vierteljährlich, Einzelne Nummern 10 Pf. — Erscheint nur Bezugslos. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21206, Schriftleitung Nr. 14574. — Postfachkonto Nr. 26964.

Ankündigungen: Die 1/2paltige Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 80 Pf., die 1/2paltige Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 1 R. 20 Pf., unter Einverständnis 2 R. Preisermäßigung auf Geschäftsangelegenheiten. — Schluß der Annahme vormittags 1/2 10 Uhr.

Amthlicher Teil.

Der Apothekenverkaufspreis für Diphtherie-Heilserum wird mit Wirkung vom 10. Juni 1919 ab wie folgt festgesetzt:

Nr. 0	200 Immunitätseinheiten, bish.	0,70 R.	auf 1,00 R.
Nr. I	600	1,50	2,15
Nr. II	1000	2,25	3,30
Nr. III	1500	3,10	4,60
Nr. IV	2000		6,40
Nr. V	3000		9,00
1 ccm 500 fach	bisher	1,60	2,30
2		2,75	4,00
3		3,90	5,75
4		5,00	7,50
6		7,75	11,00
8		10,00	14,80
12		14,50	21,50
16		19,00	28,50

Dresden, am 6. Juni 1919. 281 IV Mb
Ministerium des Innern. 6387

Auf Antrag der freien Schuhmacher-Innung zu Glas- hütte wird hiermit gemäß §§ 100 und 100b der Reichs- Gewerbeordnung angeordnet, daß vom 1. Juli 1919 an sämtliche Gewerbetreibende, die in den Amtsgerichts- bezirken Zwenkau und Altenberg sowie in den im Amts- gerichtsbereich Dippoldiswalde gelegenen Orten Gunners- dorf, Johndorf, Luchau und Handorf das Schuhmacher- handwerk selbständig betreiben, gleichviel ob sie Gesellen oder Lehrlinge halten oder nicht, der neu zu errichtenden Zwangsinnung für das Schuhmacher-Handwerk für die Amtsgerichtsbezirke Zwenkau und Altenberg sowie die in dem Amtsgerichtsbezirk Dippoldiswalde gelegenen Orte Gunnersdorf, Johndorf, Luchau und Handorf mit dem Ein- trage in die Innung anzugehören haben.

Mit dem gleichen Zeitpunkt wird die freie Schuh- macher-Innung zu Glas- hütte geschlossen. 190 b IV
Dresden, am 5. Juni 1919. 6395

Die Kreishauptmannschaft.

Ernennungen, Beförderungen usw. im öffentlichen Dienste.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums des Innern und öffentlichen Unterrichts. Zu befehlen: a) Unt. Vorbeh. der Genehmigung. d. Minist.: 2 neugegr. Lehrerst. in Kalschau i. Erg. 2400 R. Grundgeh. und 400 R. Wohnungsg.; b) Unt. Vorbeh. d. Genehm. d. Minist.: 2 neugegr. Lehrerstellen in Grünhain i. Erg. 2400 R. Grundgeh., 6 dreijähr. Zulagen von je 450 R., Endgeh. 5100 R., 440 R. Wohnungsg. u. voranschichtl. 600 R. für 3 Oberstunden; c) 4. Lehrerstelle in Breitenbrunn i. Erg. Gehalt. Bez. u. freie Wohnung. Befäh. zur Ent. von Tutor- unterr. erfordert. Anstellungsbeh. f. a-o: oberste Schulbeh. Bez. für a-o bis 23. Juni an den Bez.-Sch.-Inspr. für Schwarzberg. — Vollbistg zu befehlen: die 2 händige, mit Kirchendienst verbundene Lehrerstelle an der Schule zu Leppers- dorf bei Rabenberg. Anstellungsbeh.: Oberste Schulbeh. Ent.: 1500 R. Grundgeh., 150 R. für Erteilung des Fortbildungs- schulunterr. und freie Amtswoh. mit Gartenbenutzung sowie 556 R. vom Kirchendienst. Geh. bis 30. Juni d. J. an den Bezirke- schulinspr. f. Dresden III, Blochmannstr. 21.

(Amtliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Ankündigungsteile.)

Nichtamtlicher Teil.

Deutsches Reich.

Zu den Friedensverhandlungen.

Die Abänderung des Friedensvertrages. Amsterdam, 10. Juni. Die „Times“ meldet aus Paris, daß bezüglich der Abänderung der Bestimmungen des Friedensvertrages mit Deutschland über die Finanz- angelegenheiten und die Grenzen im Osten noch keine Entscheidung getroffen worden sei. Es sei wahrscheinlich, daß in der Entschädigungsfrage ein Kompromiß getroffen werde. Die Kommission werde Deutschland halt im Mai 1921 einige Monate nach der Unterzeichnung des Friedens- den Betrag der endgültigen Entschädigungssumme mit- teilen.

Berlin, 10. Juni. Der Pariser Korrespondent der „New York World“ drahtet: Wenn es auch amtlich nicht zugestanden wird, so bleibt die Tatsache doch bestehen, daß der Friedensvertrag für Deutschland bedeutend gemildert werden wird. Verschiedene deutsche Wünsche werden in eine Form gebracht werden, die den Deutschen annehmbar und ausführbar sein wird. Die direkte Ge- fahr einer ersten Krise ist bedeutend vermindert. Man darf aber nicht leugnen, daß die Aussprache über diese Fragen noch nicht geschlossen ist.

Präsident Wilson und der Friedensvertrags- entwurf. Amsterdam, 10. Juni. Der Pariser Vertreter der

„Daily News“ meldet, er sei ermächtigt, der Behauptung entgegenzutreten, daß Präsident Wilson erklärt habe, der Friedensvertrag sei vollständig in Übereinstimmung mit den 14 Punkten. Wilson habe niemals, weder öffentlich noch privat, irgend etwas dergleichen behauptet.

Volkstammung in Oberschlesien.

Amsterdam, 10. Juni. Dem Pressebureau Radio zufolge melden amerikanische Blätter, daß endgültig ent- schieden worden sei, daß in Oberschlesien keine Volks- abstimmung stattfinden wird.

Frankreich und die deutschen Gegenentwürfe. Paris, 10. Juni. (Havas.) Eine den Konferenztage sehr nahe stehende Persönlichkeit erklärte dem „Echo de Paris“: Die Vertreter Frankreichs legten hin- sichtlich der deutschen Gegenentwürfe über die Wieder- gutmachung und den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund völlige Festigkeit an den Tag. In der Frage der Wiedergutmachung hielt Frankreich seine Bedingungen völlig aufrecht, Frankreich wird den Deutschen von ihren Schulden nichts nachlassen und ihnen vorschlagen, von ihrem ständigen Vermögen 25 Milliarden dem Verbands- zu übergeben. Wir werden Deutschland zwei Jahre Zeit geben, um die wirtschaftliche und finanzielle Lage zu prüfen, hierauf eine vorläufige Zahlung von 125 Milliarden in Gold oder in auf den Inhaber lautenden Schatzscheinen festsetzen. Der Ausschuß wird den Be- trag der jährlich zu zahlenden Summe erhöhen können, wenn sich die Leistungsfähigkeit Deutschlands verringert.

Die Stimmung in Frankreich.

Berlin, 10. Juni. Der „Vorwärts“ spricht von einem Aufgange der französischen Presse bei Besprechung der Meldung, daß Deutschland im Oktober in den Völkerver- bund aufgenommen werden soll.

Verailles, 10. Juni. Seit heute morgen befeuert sich der „Matin“ zu den erbittertesten Gegnern Clément- ceaus. Anlaß zu diesem Umsturz des Blattes gab die Beschuldigung, der Generalsekretär des Nationalrates der französischen Presse Schöller, der gleichzeitig Geschäftsführer des „Matin“ ist, habe bei der Papierverteilung verschiedene Zeitungen bevorzugt. Gegen Schöller werde ein Ermittlungsverfahren eingeleitet und in seiner Woh- nung sei eine Hausdurchsuchung vorgenommen worden. Eine große Anzahl Pariser Blätter hatte energisch gegen diese Beschuldigung protestiert. Der „Matin“ betont, es han- dele sich um einen Versuch, das Blatt, dessen Haltung der französischen Regierung unangenehm sei, zu kompro- mittieren und totzumachen.

Die Stimmung in Italien.

Berlin, 11. Juni. Wie der „Post. Itg.“ aus Rom berichtet wird, ist in Italien eine starke Stimmung für den Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund vor- handen. Die Posttrennung Italiens von den westlichen Verbündeten findet in der italienischen Presse immer entschiedeneren Ausdruck.

Die Buren für die Weiterverwaltung Deutsch-Südwestafrikas durch Deutschland.

Amsterdam, 10. Juni. Der Pariser Korrespon- dent der „Daily News“ meldet, es scheine unter vielen Buren in Südafrika eine Abneigung gegen die Annahme eines Mandates über Deutsch-Südwestafrika durch die Afrikanische Union zu herrschen. Diese Buren seien da- für, daß Deutschland die Kolonie weiter verwalte, und zwar unter Kontrolle des Völkerverbundes. Auch General Smuts soll dafür sein.

Der frühere Reichskanzler v. Bethmann über den Ursprung des Krieges.

Berlin, 10. Juni. Der frühere Reichskanzler v. Bethmann Hollweg macht in seinen Betrachtungen zum Weltkriege, deren erster Band in den nächsten Tagen im Verlage von Reimar Hobbing erscheinen wird, über den angeblichen Kronrat vom 5. Juli 1914, auf den die Legende des Ursprungs des Krieges zurück- geführt werden sollte, folgende Mitteilungen: Am 5. Juli 1914 übergab Graf Szogyenyi nach einem Frühstück an der kaiserlichen Tafel dem Kaiser ein Handschreiben des Kaisers Franz Joseph mit einer Denkschrift seiner Re- gierung. Die Denkschrift entwickelte ein umfang- reiches Balkanprogramm auf lange Sicht, wonach den russischen Plänen mit kräftigen diplomatischen Aktionen entgegengetreten werden sollte. Gegen das feindliche Serbien und zum Ersatz für das unsicher gewordene Rumänien wollte diese Politik sich auf Bulgarien und die Türkei stützen. Das Ziel war ein Serbien ausschließender Balkanbund unter der Ägide der Mittelmächte. Das Ereignis von Sarajewo wurde als Beweis dafür herangezogen, daß der Gegen- satz zwischen Österreich-Ungarn und Serbien unüber- brückbar geworden sei. Das Handschreiben sah die Gedankenengänge der Denkschrift kurz zusammen und wies darauf hin, daß die Friedenspolitik der Mächte be- droht würde, wenn die Agitation in Belgrad ungehört fortlebe. Der Kaiser nahm beide Schriftstücke mit dem Bemerkten in Empfang, daß er erst nach Beratung mit dem Reichskanzler antworten könne. Am Nachmittag desselben 5. Juli empfing der Kaiser mich und den Unterstaatssekretär Zimmermann, der den damals beurlaubten Staatssekretär v. Jagow vertrat, im Park

des Neuen Palais zu Potsdam. Eine andere Person war nicht zugegen. Von dem Tenor der österreichischen Dokumente, deren Abschrift Hr. Zimmermann mit- geteilt worden war, hatte ich vorher Kenntnis genom- men. Nachdem ich über ihren Inhalt referiert hatte, erklärte der Kaiser, er könne sich über den Ernst der Lage, in welche die Donaumonarchie durch die groß- serbische Propaganda gebracht worden sei, keiner Täuschung hingeben. Unseres Amtes sei es aber nicht, den Bundesgenossen zu raten, was auf die Sarajewer Plutokrat zu tun sei. Darüber müsse Österreich-Ungarn selbst befinden. Direkter Anregungen und Ratsschläge sollten wir uns um so mehr enthalten, als wir mit allen Mitteln dagegen arbeiten müßten, daß sich der österreichisch-serbische Streit zu einem internationalen Konflikt auswachse. Kaiser Franz Joseph müsse aber wissen, daß wir auch in erster Stunde Österreich-Ungarn nicht verlassen würden. Unser eigenes Lebensinteresse erfordere die unverfälschte Erhaltung Österreichs. Bul- garien heranzuziehen erscheine ihm gut. Doch dürfe Rumänien dadurch nicht vor den Kopf gestoßen werden. Diese Ansichten des Kaisers deckten sich mit meinen eigenen Anschauungen. Nach Berlin zurückgekehrt, empfing ich den Grafen Szogyenyi und erklärte ihm, daß der Kaiser sich der Gefahr der panlawistischen und großserbischen Propaganda nicht verschließe. Angesichts der Haltung Rumäniens und der Bestrebungen, einen neuen Balkanbund gegen Österreich-Ungarn zustande- zubringen, würden wir Österreichs Schritte zur Gewinn- ung Bulgariens für den Völkerverbund unterstützen. In Bukarest würden wir uns im Sinne einer bundesfreund- lichen Dirigierung der rumänischen Politik bemühen. Zu den zwischen Österreich-Ungarn und Serbien schwebenden Fragen könne der Kaiser keine Stellung nehmen, da sie sich seiner Kompetenz entzögen. Kaiser Franz Joseph könne sich aber darauf verlassen, daß der Kaiser im Einklange mit den Bündnispflichten und der alten Freundschaft treu an der Seite Österreich-Ungarns stehen werde. Am 6. Juli begab sich der Kaiser auf die Nordlandreise und beantwortete am 14. Juli von Born- holm aus das Handschreiben des Kaisers Franz Joseph im gleichen Sinne. Ein Kronrat ist nicht abgehalten worden.

Rolle des „Schuld“ am Kriege erscheint nicht.

Leipzig, 10. Juni. Im Vorabend für den deutschen Buchhandel bringt die Verlagsbuchhandlung von Greiner & Pfeiffer in Stuttgart in auffallendem Druck die Mitteilung, daß die angefordigte Schrift des Generalstabes H. v. Rolke: Die Schuld am Kriege „aus zwingenden Gründen“ nicht erscheinen kann.

v. Lettow-Vorbeck's Kriegserinnerungen.

Man schreibt uns: Wie der Verlag K. F. Koehler, Leipzig, im Vorabend für den deutschen Buchhandel mitteilt, wird das Buch des Generals v. Lettow-Vorbeck, welches die Geschichte seiner ruhmvollen Verrichtung Ostafrikas enthält, unter dem Titel „Meine Erinnerungen aus Ostafrika“ im September d. J. erscheinen.

Reichspräsident Ebert über die Loslösungsbestrebungen in den Rheinländern.

Berlin, 10. Juni. Auf ein an den Reichspräsidenten gerichtetes Telegramm des Vorlandes des Deutschen und des Preussischen Städtetages, der sich darin gegen die Loslösungsbestrebungen der Rheinlande ausdrückte, ist folgende Antwort vom Reichspräsidenten Ebert ein- gegangen: Die Entschließung des Deutschen und des Preussischen Städtetages zu den hochverräterischen Machen- schaften gewisser Elemente in den Rheinländern ist mit Freuden zu begrüßen. Auch ich bin fest überzeugt, daß keine deutsche Stadt und keine Volksvertretung eines deutschen Gebietsteiles die Schmach auf sich laden wird, die Volksgemeinschaft in diesen Tagen der Not unseres Vaterlandes zu verleugnen. Die Reichsregierung wird dem unnatürlichen Treiben der wenigen pflichtvergessenen und irreführten Volksgenossen in den bedrohten Ge- bieten um so entschlossener entgegenzutreten, als sie sich hier- bei mit dem gesamten deutschen Volke eins weiß. Je schwerer die Zeit, um so fester muß sich die deutsche Treue bewahren.

Die Einfuhr- und Ausfuhrpolitik der deutschen Reichsregierung.

Berlin, 10. Juni. Amtlich wird gemeldet: Das „Berliner Tageblatt“ hat am Sonntagmorgen berichtet, daß wesentliche Änderungen in unserer Ein- und Aus- fuhrpolitik vom Kabinett beschlossen worden seien, die Devisenordnung aufgehoben und anderes mehr geändert worden sei. Diese Mitteilungen stehen mit den Tat- sachen im Widerspruch. Der Beschluß des Kabinetts geht dahin, daß es grundsätzlich bei der bisherigen Ein- und Ausfuhrregelung bleibt. Nach wie vor kann in Einzelfällen der diktatorische Ausschuß über die Aus- fuhrung entscheiden. Alle Pressenachrichten über ange- gebliche Meinungsänderungen des Reichswirtschaftsmini- steriums sind falsch.

Tant der sächsischen Regierung an General Maccher.

Dresden, 11. Juni. Der sächsische Ministerpräsident hat vor einigen Tagen an den Kommandeur des Freiw. Landesjägers folgende Schreiben gerichtet: